

Revolutionsteiler.

Die feilige Parteiquantität veranlaßte am Sonnabend im „Monopol“ eine feichte, aber mitungewöhnliche Feier aus Anlaß des 10. Jahrestages der Revolution.

Der Feiertag des Abends, Gen. 9 u. 10 r m n a - n - Halberstadt, unterläßt in seinen Ausführungen die Frage, die nicht in den 9. November zu setzen. Er ging davon aus, daß das Fest der Republik der 11. August sei und daß das Fest der Arbeiterkraft und der sozialdemokratischen Partei seit 1890 am 1. Mai eines jeden Jahres begangen werde.

Der Vortragende des Abends, Gen. 9 u. 10 r m n a - n - Halberstadt, unterläßt in seinen Ausführungen die Frage, die nicht in den 9. November zu setzen.

Der Vortragende des Abends, Gen. 9 u. 10 r m n a - n - Halberstadt, unterläßt in seinen Ausführungen die Frage, die nicht in den 9. November zu setzen.

Der Vortragende des Abends, Gen. 9 u. 10 r m n a - n - Halberstadt, unterläßt in seinen Ausführungen die Frage, die nicht in den 9. November zu setzen.

— Zu dem Unglücksfall im Kaffeebräu zu Rabeland wird noch mitgeteilt: Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Beide Verstorbenen sind verheiratet und väter von mehreren Kindern.

Die Amtsgerichte haben sich mit der Klage auseinandergesetzt. Die Verurteilung der Rabeland ist mit der Ausführung der Angelegenheit befristet. — Wann magst du die Besten von wilden Hunden straflos? Vor einiger Zeit bemerften 5. und Gen. an einem Sonntag, wie zwei Hunde auf einer Koppel bei Gschau in der Provinz Saal ein junges Kind anfielen und dem lehreren blutige Fleischwunden beibrachten.

Aus Halberstadt. Eine mustergültige Molkerei.

Mitglieder der Stadtvorstandsvorlesung und der Stadtverwaltung besichtigten kürzlich die Molkerei Sieschenhof, Görsch 23 Herren. — Die Molkerei Sieschenhof, Görsch 23 Herren, ist eine der besten und größten Molkereien in der Provinz Saal. Die Molkerei Sieschenhof, Görsch 23 Herren, ist eine der besten und größten Molkereien in der Provinz Saal.

wird auf dem kürzesten Wege dem Verbraucher zugeführt. Nachdem das Futter der Kühe sorgfältig gewaschen und die erste, am meisten feilmalige Milch dem Güter entnommen ist, wird die elektrische Melkmaschine angelegt, die in einer Weile die Milch aus dem Güter der Kuh pumpt, die für das Tier nicht schädlich ist.

Interessant war es auch, die anderen maschinellen Anlagen der Molkerei zu besichtigen. Die Betreiber der sämtl. Körperproben überzeugten sich durch Proben von der Qualität der Milch. Sie gannen den Eindruck, daß die Behandlung der Milch in besser Weise erfolgt, so daß sie mit Recht als Sanitäts- und Kindermilch bezeichnen werden kann.

Eröffnung des Erweiterungsbauwerks „Deffes Hof“. Seit Frühjahr arbeiten am Weißen Hof Rüstler und Handwerker, um sowohl innen wie außen dem Hotel ein modernes Gepräge zu geben und vor allem die Räume nach neuen Gesichtspunkten bebauungsfähig zu machen. — Die Erweiterungsbauwerke am Weißen Hof sind seit Frühjahr in Arbeit. Die Rüstler und Handwerker arbeiten daran, dem Hotel ein modernes Gepräge zu geben und vor allem die Räume nach neuen Gesichtspunkten bebauungsfähig zu machen.

Graphologie und Pede.

Es sind damit an, daß Trudben, die reizende 17jährige Haus- tochter, stundenlang verträumt am Fenster stand. Der Schönheits- rücken wurde mittags abgeliebt unter der Begründung, er solle sich ein Kleid holen.

— Die kühnliche gestirnt gewordene Zimmoper in der Johannessstraße mußte am 9. November mittels Kranen an nach der Hofstraße in Westfalen überführt werden.

— In Brand geraten. Ein Feuer gegen Abend geriet auf der Gießerei Chaussee ein Auto in Brand, das hierdurch schwer beschädigt wurde.

— In die Hölle gerufen. Am Freitag dieser Woche geht im Kurhaus das Stücklein „Die kleine Komode“ von Siegfried Geyser unter der Regie von Rudolf Harig als dritte Vorführung über die Bühne. Karten find an den bekannten Vorverkaufsstellen aus für Nichtmitglieder zu haben.

— Der Gertrude erkundete sich, wer diese Freunde seien, und als ihm der Unteraufseher und dessen Tochter genannt wurden, gab er bereitwillig seine Zustimmung, sich Papier, Feder und Tinte bringen und versprochen, den Brief besorgen zu lassen.

— In die Hölle gerufen. Am Freitag dieser Woche geht im Kurhaus das Stücklein „Die kleine Komode“ von Siegfried Geyser unter der Regie von Rudolf Harig als dritte Vorführung über die Bühne.

Das ist fern von ihm, sprach wolle der Vater, nur sei die Freundin Grete hauptsächlich durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen, das sie durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen.

Das ist fern von ihm, sprach wolle der Vater, nur sei die Freundin Grete hauptsächlich durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen, das sie durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen.

Das ist fern von ihm, sprach wolle der Vater, nur sei die Freundin Grete hauptsächlich durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen, das sie durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen.

Das ist fern von ihm, sprach wolle der Vater, nur sei die Freundin Grete hauptsächlich durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen, das sie durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen.

Das ist fern von ihm, sprach wolle der Vater, nur sei die Freundin Grete hauptsächlich durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen, das sie durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen.

Das ist fern von ihm, sprach wolle der Vater, nur sei die Freundin Grete hauptsächlich durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen, das sie durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen.

Als er eben den Brief beendet hatte, trat der Inspektor mit seinem schmerzlichen Ansehen ein. Dem Väteren wurde der Brief zur Befragung übergeben, nachdem der Erztere die Frage des Gefangenen, ob er ihn zu lesen wünsche, verneint hatte. Dann entzerrten sich Vater und Sohn, und der Erlangene blieb allein, seinen Betrachtungen überlassen.

Das ist fern von ihm, sprach wolle der Vater, nur sei die Freundin Grete hauptsächlich durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen, das sie durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen.

Als er eben den Brief beendet hatte, trat der Inspektor mit seinem schmerzlichen Ansehen ein. Dem Väteren wurde der Brief zur Befragung übergeben, nachdem der Erztere die Frage des Gefangenen, ob er ihn zu lesen wünsche, verneint hatte.

Das ist fern von ihm, sprach wolle der Vater, nur sei die Freundin Grete hauptsächlich durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen, das sie durch den Wunsch der Erzte geblieben, sich ein Kleid zu kaufen.

(Fortsetzung folgt.)

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Wanngebriß halbmöndlich 1 Mark einschließlich Portogeld, bei Selbstabholung 50 Pfennig. Geldentwertungen werden mit dem Inhalt der Zeitung und dem Inhalt der Zeitung verbunden. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von anderen Orten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstadt, Köpckeplatz, Paul Weber, 6. u. 8. Brammhorst für Soltau, A. Dieckhoff für Wittenberg, für den letzten Teil Wilhelm Kündemann, für Halle u. Unterelbe Karl Treff, für in Halle u. Unterelbe.

Anzeigenpreis die adreßhaltige Zeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 50 Pfennig, auswärts 60 Pfennig. Anzeigenpreis 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Nachzahlung ist bei der Zahlung vorzuzugeln. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Geschäftsstelle Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 267

Dienstag, 13. November 1928.

3. Jahrgang.

Eine Rechtsregierung Poincare gebildet.

Die Radikalen lehnen jede Beteiligung ab.

Paris, 12. Nov. (Eig. Funkt.) Trotz aller Harmonisiererei ist es den Bemühungen Poincares nicht gelungen, sein Kabinett der nationalen Eintracht auf die Beine zu stellen. Am Sonnabend haben sich schwere Differenzen in der Radikalen Partei ergeben und am Sonntag vormittag haben die Radikalen beschlossen, keinem ihrer Mitglieder zu gestatten, am neuen Kabinett Poincare einen Votum abzugeben. Die offizielle Erklärung der Radikalen lautet: Sie fordern, daß Poincare ihre Forderungen hinsichtlich der Militärkräfte und der Steuerreform nicht annehmen und daß er vor allem darauf bedacht sei, die Gruppe Marzin weiterhin in seiner Mehrheit zu behalten.

Die radikalen Abgeordneten Sarraut, Neulle, Hesse, Samourey, die von Poincare als Mitglieder seines neuen Kabinetts in Aussicht genommen waren, teilten ihm kurz nach Mittag die Entschiedenheit der Radikalen mit und erklärten, daß er auf keine weitere Mitarbeit mehr zählen könne. Poincare erwiderte darauf, daß er nun sein Kabinett ohne die Radikalen bilden würde.

Sonntag halb 11 Uhr ebenfalls ist dann folgende

Ministerliste

bestimmt: Ministerpräsident: Poincare, Außenminister: Briand, Finanzen: Gervais, Krieg: Poincare, Marine: Deguignes, Inneres: Turbie, Justiz: Barthou, Öffentliche Arbeiten: Fargot, Kolonien: Maginot, Unterricht: Marraud, Ackerbau: Hennessy, Pensionen: Antieron, Arbeit: Loucheur, Luftfahrt: Laurent Eynac, Handel: Bonnefous.

In dieser Liste fehlen die Radikalfolger, die im letzten Kabinett 4 Vertreter hatten.

Dieses neue Kabinett Poincare, das Sonntagabend nach langen Mühen endlich zu Stande kam, ist keine leichte Bildung geworden. Es ist ein ausgeprägtes Rechtskabinett. Poincare selbst erklärte zwar nach der Vorstellung seiner neuen Minister, er hoffe, daß das Kabinett, das am Waffensstillstand geboren worden ist, auch den Waffensstillstand zwischen den Parteien bringen werde. Aber wenn man die Zusammensetzung des Kabinetts näher ansieht, muß man sagen, daß die Rechte darin viel

stärker vertreten ist als in dem früheren Kabinett der nationalen Union. Die vier radikalen Minister sind ersetzt worden durch den vorwiegend Radikalen Marrad, dem Berner Geländes Hennessey, der seiner Zeit vom Vintartell auf seinem Schweizer Hofen tagte, sowie dem früheren Pensionminister Auterion, der sich noch bei den letzten Kammerwahlen in der Opposition gegen Poincare hatte wieder wählen lassen und durch die unbekannte Größe Fargot ersetzt wurde. Dafür ist die Rechte durch schon zahlreich doppelt so stark geworden. Für den Pensionminister Marrin ist der Abgeordnete der Marzengruppe, Bonnefous in das Kabinett eingetreten. Der ständische Unterstaatssekretär Oberkirch ist geblieben. Weiter ist der Kriegsminister des Bloc national, Maginot, einer der wüsten Feinde des Vintartells, sowie der Radikale Abgeordnete Poncet einer der wichtigsten und zukunftsreichsten Parlamentarier, ebenfalls in die neue Regierung eingetreten. Die Rechtsregierung ist also nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ viel stärker als die Vintartellregierung.

Die heutige Morgenpresse faßt sich nicht über die Tatsache hinweg, daß das neue Kabinett Poincare einen deutlichen Rechtsruck bringt. Die Informationspresse befindet sich in peinlicher Verlegenheit, der neuen Regierung ein angenehmes Kommentar zu bringen. Sie jongliert lebhaft mit unendlichen Zahlenaufstellungen und Vergleichen. Die Rechte schreibt überlaut Sieg und Triumph, in die Köln-Presse, weil Poincare sogar schon zum Rationalisator ausruft. Die Linkspresse ist in ihren Meinungsäußerungen dadurch schwer gehemmt, daß mehrere ihrer Blätter sich in finanzieller Abhängigkeit von dem neugeborenen Ackerbauminister Hennessey befinden.

So kann zum Beispiel der „Deutschland“ sich nur zur Versicherung aufraffen, daß man das neue Kabinett schließlich nach seinen Taten beurteilen werde.

Die sozialistische Partei.

hat gestern schon in ihrer Vorstandssitzung das neue Kabinett umdeutlich als ein Kabinett des „Bloc national“ bezeichnet. Die gleiche Ansicht äußert die „Revue“, die erklärt, dieses neue Kabinett Poincare werde die Budgetberatungen nicht überleben können. Am schroffsten äußert sich die „Ere Nouvelle“. Es sei traurig, zu sehen, schreibt das Blatt, wie Poincare sein Prestige ausgenutzt habe, um dieses Kampfkabinett zu bilden.

Eine kritische Woche.

Die kommende Woche wird eine hochpolitische und für mich eine Woche werden. Am heutigen Montag wird der Reichsarbeitsminister im Reichstag zu dem öffentlichen Stellung nehmen. Die Aussprache des Reichstags über den Vorschlag der Schwerkraftsteuer gegen die Staatsautorität dürfte das längste fällige und nach der Hauptentscheidung der Gerichte, die ebenfalls im Laufe der kommenden Woche fallen soll, wird dann vielleicht ein Weg zu neuen Verhandlungen freigegeben werden können.

Erst Reinigung der Atmosphäre, dann Verhandlungssatmosphäre! Vorher hat das Drängen eines Teils der Unternehmerpresse zu Verhandlungen keinen Zweck. Der Schrei nach Verhandlungen, der aus dem Reichstagsgebäude kommt, ist an sich ja begründet, denn dort haben die vernünftigen Leute längst erkannt, daß sich die Schwerkraft der Metallindustrie Nordsee in eine unmögliche Situation veranlaßt haben. Die Schwerkraft wird so gut wie folteriert. Das ist bereits ein öffentliches Geheimnis. Man sieht das am deutlichsten, wenn man die Haltung der politischen Parteien zu dem Konflikt betrachtet. Sogar die Deutschnationalen sind — wahrscheinlich zu 50 Prozent — gegen die Aussprache. Auf der Seite der Aussprache steht ebenfalls nur die Deutsche Volkspartei. Sie legt sich zu einseitig und scharf für die Eisenindustrie ein, daß selbst der Reichsarbeitsminister, dem Druck nachgebend, allmählich eine etwas eigenartige Stellung einzunehmen beginnt. Die volkswirtschaftliche Presse macht bereits eine gereizte Regierungskritik an die Wand. Wen will sie damit erschrecken?

Das Zentrum? Das Zentrum, wenigstens sein Arbeiterflügel, hat aus den bitteren Erfahrungen der letzten Reichstagswochen gelernt. Man kann es Egoismus nicht verdenken, wenn er keine Luft hat, ständig Suppen auszuöffnen, die ihm ein Teil seiner Partei eintrudelt. Kein Wunder also, wenn das Zentrum jetzt im Reichstag, wie die volkswirtschaftliche Presse immer noch festhält, sehr lehrhaft ins Zeug geht, sich vornehmlich gegen die Sozialdemokratie zu richten, weil sich die volkswirtschaftliche Presse, z. B. die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ im selben Zentrum heranzubringen, daß die Schärfe im Vorgehen des Zentrums den Reichsarbeitsminister nicht von seiner „Beratungsmacht“ für Entschleunigung und Zurückhaltung des Konflikts entlastet. Vielmehr aber doch — wenn eine solche Entlastung überhaupt notwendig ist, die Verantwortung für Gefährdung und Überhaupt des Konflikts liegt nicht bei dem Reichsarbeitsminister, sondern bei den Schwerkraften der Eisenindustrie.

Die wirklichen Verantwortlichen sind der Öffentlichkeit bereits zur Genüge bekannt. Wenn der Reichsarbeitsminister heute im Reichstag in einer großen Rede zu dem Konflikt Stellung nehmen wird, dann braucht er sich nicht zu erschrecken. Seine Rede ist nicht die eines „Angels“, sondern die eines „Kämpfers“, denn für das Reichsarbeitsministerium gibt es in diesem Konflikt ein Ceterum cetero: Respektierung der Verbindlichkeitsverpflichtung! Respektierung der Staatsautorität, mit der der oberste Richter, der ja nicht zufällig Reichsarbeitsminister ist, ausgerüstet sein muß, wenn die Verbindlichkeitsverpflichtung Sinn und Kraft haben soll. Der Reichsarbeitsminister würde pflichtverfehlen, wenn er sich ausgerechnet auf die Schlichtungswesen von der Ministerialbürokratie als mildmütigen Unternehmern verschlagen lassen würde. Für die kommenden Jahre, in denen schon infolge der mit der Reparationsfrage verbundenen Schwierigkeiten scharfe Wirtschaftskrisen unvermeidlich sind, ist das Schlichtungswesen wenigstens in seinen Grundzügen, eben notwendig wie für die letzten 10 Jahre des westfälischen Ruhrgebietes. Der überirdische Kampf, von dem ganzen Welt umherberst, wirtschaftliche Wiederherstellung des Ruhrgebietes wäre ohne das Schlichtungswesen unmöglich gewesen.

Es besteht kein Zweifel, daß der durch den Produktionsausfall der Eisenindustrie entstehende Schaden unendlich größer ist als die Lohnzulage für das ganze Ruhrgebiet. Die durch die Aussperrung entstehenden direkten Kosten werden auf mindestens 10—15 Millionen Mark geschätzt, während die Beherrschung eine Mehrleistung von 20—25 Millionen für das ganze Jahr ausmacht. Wenn trotzdem die Unternehmer ihre Betriebe stillgelegt haben, so nicht, weil sie die Kosten für die Lohnzulage nicht aufbringen können. Der Kampf der Unternehmer richtet sich nicht gegen die Lohnerhöhung. Ihnen geht der Welt nicht, aus dem heraus der Staat ein neues soziales Recht zu schaffen versucht. Die Unternehmer wollen mit der Aussperrung einen Generalangriff gegen das Schlichtungswesen einleiten, um nicht nur in diesem Falle, sondern auch in allen übrigen Fällen die Staatsgewalt zu bindern, in das soziale Leben einzugreifen und die Schwachen gegen die Übermacht des Großkapitals zu schützen.

Die Staatsgewalt kämpft deshalb nicht nur um die Erhaltung ihres Willens, sondern auch um die Wahrung ihrer Autorität. Die Träger dieses Kampfes sind in erster Linie die ausgeperrten Arbeiter, die ihre eigene Gasse und die des Staates verteidigen. Jede Verteidigung muß ihnen ermöglicht werden, d. h. sie müssen die Mittel erhalten, die sie vor dem Unterliegen unter ein machtvolleres Unternehmertum schützen. Schließlich darf der Staat nicht latenten Gefahren, hunderteausende von Menschen um ihren Erwerb bringen, die Wirtschaftslage schwer beschaffen und mit den Kosten dafür die Allgemeinheit belasten.

Der sozialdemokratische Geheißenerwartung zur Unterlegung überreichlich ausgeperrter Arbeiter ist, daß sein Agitationsantrag. Er entspricht dem wünschenswerten der Sozialdemokratie, den Kampf, den das Unternehmertum den Arbeitern und dem Staat aufzuzwingen hat, erfolgreich zu beenden und den Staat aufzumuntern hat, erfolgreich zu beenden und die Kosten dafür den Unternehmern aufzubürden.

Vermittlungsversuche im Ruhrkonflikt

Der Versuch des Reichsgerichtspräsidenten.

Am 10. Nov. (Eig. Drahtf.) Die „Rein Volkstags“ mabel in ihrer Sonnabend-Abendausgabe aus Düsseldorf, daß im Ruhrkonflikt in der Person des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons ein Vermittler aufgetreten sei, der die Parteien gerecht sein dürfte. Die Verhandlungen würden bereits in Frage einfließen und man rechne damit, daß der Weg zu einer Verständigung bald gefunden sei. Als Verhandlungsbedingung komme eine „Abweichung über die Arbeitszeitregelung“ in Frage.

Die Gewerkschaften werden sich Verhandlungen über die Wiederhernahme der Arbeit schon deshalb nicht verweigern, weil nicht die dem Arbeitsfrieden gefährlich seien und, so ferne es ihnen auch war, weil sie sich auf den Boden des Schiedsspruchs gestellt haben. Dieser Schiedsspruch ist durch die Verbindlichkeitsverpflichtung ein durch die Staatsgewalt geschlichteter Tarifvertrag geworden. Ein Verhandeln über ihn kann es also nicht geben. Das wird niemand besser wissen als der Präsident des Reichsgerichts. Das man schon jetzt über die in einigen Wochen fällige Arbeitszeitfrage verhandelt, dagegen ist nichts zu sagen. Aber wenn der verbindlich erklärten Schiedsspruch selbst gibt es kein Verhandeln!

Der Regierungspräsident in Düsseldorf

hat die am Konflikt im Ruhrgebiet beteiligten Organisationsleiter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Besprechung eingeladen, die am Dienstag stattfinden soll. Der Regierungspräsident geht demnach zunächst getrennt mit beiden Parteien zu verhandeln.

Die Reichsreform.

Das vorläufige Arbeitsprogramm.

Am 11. Nov. wird mitgeteilt: Die durch den Verfassungsausschuss der Länder-Konferenz am 24. Oktober eingeleiteten beiden Untersuchungskommissionen am Sonnabend unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Die Ausschüsse beschließen einmütig, zunächst folgenden Arbeiten in Angriff zu nehmen: 1. Die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern. Im Zusammenhang damit sind zu erörtern: die Fragen der reichsweiten Verwaltung, der auftragsweglichen Verwaltung von Reichsaufgaben durch die Länder, der Eigenverwaltung der Länder einschließlich der Länderverwaltung trotz eigenen Rechts. 2. Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern. 3. Die Organisation der Länder (Landtags, Landesparlamente, Regierungen), unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich, und der Einwirkung der Länder auf das Reich (Reichsrat).

Würdelosigkeit im Auslande.

Reichswehrminister aber respektieren die Reichsgerichte.

